

Subventionen als schädliche Klimakiller

12 Milliarden weitere Zuschüsse schaden dem Klima zusätzlich.

Im vergangenen Jahr wurden in Österreich großflächige Unterstützungsprogramme auf den Weg gebracht, die der Bevölkerung und den Unternehmen helfen sollten, die Gaspreiskrise zu überstehen. Auflagen für Energieeinsparungen, erneuerbare Energie oder sinkende Treibhausgasemissionen gab es dabei keine. Daraus ergeben sich insgesamt 12 Milliarden Euro an klimaschädlichen Subventionen, wie nun Wifo-Ökonomin Daniela Kletzan-Slamanig kritisierte: „Die derzeitige Subventionspolitik treibt die Summe klimaschädlicher Subventionen in Österreich weiter nach oben. Dabei hätte man beispielsweise Unternehmenshilfen stärker an den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und an Energieeffizienzmaßnahmen koppeln können.“ Die größte klimaschädliche Auswirkung identifiziert das Wifo bei den Energiekostenzuschüssen für Unternehmen I und II mit 5,8 Milliarden Euro. Zudem werden verschiedene Krisensubventionen, wie die Stromkostenbremse für Haushalte oder die Erhöhung der Pendlerpauschale, genannt. All jene würden den Energieverbrauch und die Emissionen erhöhen, so Kletzan-Slamanig.

Subventionen konterkarieren Klimaschutz

Subventionen mit negativen Klimaauswirkungen konterkarieren Klimaschutzbemühungen und widersprechen dem Verursacherprinzip. Zum Ende des vergangenen Jahres gab das Wifo in einer Studie bekannt, welche Subventionen mit negativen Klimaauswirkungen es in Österreich schon vor der Gaspreiskrise bereits gab. Diese bezifferte das Institut mit zwischen 4,1 und 5,7 Milliarden Euro jährlich. Mit diesen Geldern fördere der Staat dauerhafte „klimakontraproduktive“ Maßnahmen – beispielsweise in Verkehr, Energie und Landwirtschaft. Die zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen im Zuge der gestiegenen Energiepreise, die für den Zeitraum 2022 und 2026 wirksam sind, lässt die Summe klimaschädlicher Subventionen in Österreich aber nun weiter anwachsen. Das betonte Kletzan-Slamanig auch auf der Internationalen Energiewirtschaftstagung (IEWT) an der TU Wien: „Diese energiebezogenen Anti-Teuerungsmaßnahmen reduzieren den Preisreiz für Energieeffizienz und Emissionsreduktionen stark und konterkarieren klimapolitische Anstrengungen.“ ●

Klimaschädliche Subventionen in Österreich

4,1 - 5,7 Mrd. € jährlich

+

12 Mrd. € im Kontext der Gaskrise